

Sitzungsniederschrift

21. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 12.11.2024	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:48 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Krüsmann, Enno	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	Vertretung für Theo Wimberg
Stange, Axel	SPD	
Ubben, Heinrich	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Verwaltung		
Flohr, Dagmar		Kreisrätin
Hanekamp, Nicole		Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung
Meinen, Olaf		Landrat

Weimer, Doris

stellv. Leiterin der Zentralen Finanzverwaltung und Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Weiss, Edgar

FW im Landkreis
Aurich

Wimberg, Theo

SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.10.2024
5. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.11.2024
6. Einwohnerfragestunde
7. Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2024
8. Dritter Bericht der Beteiligungen für das Haushaltsjahr 2024
9. Anträge zum Haushaltsplan 2025
10. Abwägung und Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes 2025
Vorlage: X/2024/176
11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: X/2024/177
12. Haushaltssicherungsbericht für das Haushaltsjahr 2024 und Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: X/2024/178
13. Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe
„Haushaltskonsolidierung“
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
16. Einwohnerfragestunde
17. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15:00 Uhr die 21. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Der Abgeordnete Saathoff nahm für den Abgeordneten Wimberg und der Abgeordnete Ubben für den Abgeordneten Weiss an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnungspunkte vier und fünf wurden abgesetzt, da die Niederschriften noch nicht bzw. nicht mit ausreichend Vorlauf zur Verfügung gestellt werden konnten.

Sodann wurde die Tagesordnung in dieser geänderten Form festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.10.2024**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 5 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.11.2024**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 6 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 7 **Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2024**

Frau Hanekamp erläuterte den dritten Budgetbericht anhand der angefügten Präsentation (Anlage 1).

Abgeordneter Meyerholz teilte mit, dass seine Frage zum vorläufigen Jahresergebnis 2023 im Teilhaushalt 40/Produkt241-40 (Schülerbeförderung) aus der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen noch nicht hinreichend erläutert worden sei.

Frau Hanekamp sicherte eine Antwort im Protokoll zu.



Anmerkung der Verwaltung:

Die weitere Überprüfung ergab, dass durch ein Update im Frühsommer 2024 Aufwendungen in falscher Höhe berücksichtigt wurden. Eine Korrektur erfolgt im Zuge der Jahresabschlussarbeiten für das Jahr 2023. Die Höhe der voraussichtlichen Aufwendungen entspricht dem zuletzt für 2023 vorgelegten Budgetbericht des Amtes für Schulen und ÖPNV.

Abgeordneter Ubben bat um Erläuterung, wie die steigenden Fallzahlen im Produkt Jagd/Waffen/Sprengstoff im Teilhaushalt 32 zu erklären seien. **Frau Hanekamp** führte aus, dass dies eine unmittelbare Folge aus der Aufgabenübernahme von den Städten Aurich und Norden sei. **Landrat Meinen** ergänzte, dass das tatsächliche Fallaufkommen im Zuge der Haushaltsplanung 2024 geschätzt worden sei. Ferner bat **Abgeordneter Ubben** um Auskunft, warum im Bereich des Sicherheitsdienstes, welcher bei der Sammelunterkunft für geflüchtete Menschen auf dem Kasernengelände in Anspruch genommen wird, Aufwandssteigerungen zu verzeichnen sind. **Frau Hanekamp** gab an, dass im Zuge der Haushaltsplanungen der Ansatz im Sommer 2023 geschätzt wurde, die tatsächlichen Aufwendungen sich aber erst im Laufe des Jahres 2024 gezeigt hätten.

Abgeordnete Altmann gab zu bedenken, dass die Kostenabgeltungspauschale im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes geringer ausfalle als geplant, was deutliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt habe. **Frau Hanekamp** gab an, dass die tatsächlich entstehenden Aufwendungen im Kontext der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen am Anfang eines Jahres für das Vorjahr an das Land Niedersachsen gemeldet werden würden. Auf Ebene des Landes erfolge auf Basis dieser Daten eine entsprechende Durchschnittsberechnung, wobei verschiedene Positionen, wie z.B. der Sicherheitsdienst, nicht berücksichtigt werden würden. Die tatsächliche Kostenabgeltungspauschale für das Jahr 2025 sei entsprechend noch unklar, man sei von den weiteren Entwicklungen abhängig. Im Austausch mit anderen Landkreise zeige sich, dass die Unterbringung geflüchteter Menschen übergreifend eine große Herausforderung darstelle.

Abgeordnete Altmann teilte mit, dass das geschilderte Vorgehen ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip sei. Insbesondere in der Frage der Flüchtlingsunterbringung sei der Landkreis von den politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig. **Landrat Meinen** entgegnete, dass dies aus seiner Sicht zutreffend sei. Auch in anderen Bereichen seien Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip festzustellen. Über die kommunalen Spitzenverbände würden klare Forderungen an die Landespolitik gerichtet.

TOP 8 **Dritter Bericht der Beteiligungen für das Haushaltsjahr 2024**

Frau Jeschke stellte den dritten Bericht der Beteiligungen an Hand der zur Verfügung gestellten Präsentation (Anlage 1) vor.

Abgeordneter Meyerholz bat um Erläuterung der Verluste der Pflege- und Betreuungszentren Vermögensverwaltung. **Frau Jeschke** führte aus, dass die Vermögensverwaltung Räumlichkeiten an die entsprechende GmbH vermietet habe. Da große Teile des Gebäudes nicht mehr genutzt werden könnten, dürften auch keine Mieten abgerechnet werden. **Landrat Meinen** ergänzte, dass es sich um eine privatrechtliche Leistungsstörung handeln würde und über die finanziellen Auswirkungen in den entsprechend zuständigen Gremien informiert worden sei.



Ferner bat **Abgeordneter Meyerholz** um Auskunft, ob das Beteiligungsmanagement an der Erstellung des Wirtschaftsplanes der Medizinischen Versorgungszentrums Aurich-Norden GmbH beteiligt sei. **Frau Jeschke** gab an, nach der Erstellung hinzugezogen zu werden. Da der Jahresabschluss sehr früh im Folgejahr durch einen externen Beauftragten erstellt werden würde, welcher auch den Wirtschaftsplan für das aktuelle Haushaltsjahr erstelle, gebe es einen zeitlichen Versatz im Vergleich zu anderen Eigenesellschaften.

Abgeordneter Stange verließ um 15:46 Uhr die Sitzung.

TOP 9 Anträge zum Haushaltsplan 2025

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

TOP 10 Abwägung und Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes 2025
Vorlage: X/2024/176

Frau Hanekamp stellte das durchgeführte umfangreiche Abwägungs- und Festsetzungsverfahren anhand der zur Verfügung gestellten Präsentation (Anlage 1) dar.

Abgeordneter Looden bat um Auskunft, wie die Kennzahl „Verschuldung pro Kopf“ zu verstehen sei. **Frau Hanekamp** gab an, dass diese Kennzahl anzeige, wie sich die Schulden einer Gebietskörperschaft auf die Anzahl der Einwohner verteilen. Wie alle Kennzahlen müsse man diese „Verschuldung pro Kopf“ mit Vorsicht behandeln, da lediglich ein Vergleich mit Gebietskörperschaften vergleichbarer Größe und Struktur eine Aussagekraft entfalten könne.

Abgeordnete Altmann gab an, dass sie erwarte, dass der Landkreis die Kreisumlagehebesatzfestsetzung so betreibe, dass die kreisangehörigen Kommunen nicht außer Standes seien, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. **Frau Hanekamp** führte aus, dass die Kreisumlage ein Verteilinstrument sei. Es fände jährlich eine erneute Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt, wobei weder ausschließlich die finanzstärkste, noch ausschließlich die finanzschwächste kreisangehörige Kommune in den Fokus geraten dürfe. Es sei eine intensive Bewertung aller kreisangehörigen Kommunen vorzunehmen.

Abgeordneter Jacobsen legte dar, dass aus seiner Sicht alle Gebietskörperschaften im Landkreis Aurich vor großen finanziellen Herausforderungen stehen würden. Dieser Aussage stimmte **Landrat Meinen** zu. Dennoch sei ein Ungleichgewicht zu Lasten des Landkreises Aurich erkennbar, da z.B. die Soziallasten zu überwiegenden Teilen vom Landkreis getragen werden würden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**
Vorlage: X/2024/177

Frau Hanekamp stellte die Abweichungen zwischen Haushaltsentwurf und Haushaltssatzung anhand einer entsprechenden Tabelle (Anlage 2) vor.

Abgeordnete Harm-Rehrmann kritisierte, dass die Berücksichtigung der Förderung zu Gunsten der Gedenkstätte KZ Engerhufe ohne entsprechenden politischen Beschluss erfolge. Man habe sich auf ein anderes Vorgehen verständigt.

Landrat Meinen führte aus, dass die Entscheidung über eine Förderung zwingend noch im Jahr 2024 zu treffen sei, um den Fortbestand des Vereins nicht zu gefährden und die zuständigen Gremien erst nach dem Beschluss der Haushaltssatzung tagen würden. Aus diesem Grund seien die Mittel vorsichtshalber in der Veränderungstabelle aufgenommen worden.

Abgeordneter Jelken regte an, dass die Mittel zwar eingeplant werden könnten, jedoch nur dem Fachamt zur Verfügung stünden, wenn der Beschluss erfolgen würde.

Frau Hanekamp sagte zu, dass dies möglich sei und eine interne Haushaltssperre entsprechend eingerichtet werden würde.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 **Haushaltssicherungsbericht für das Haushaltsjahr 2024 und Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2025**
Vorlage: X/2024/178

Über den Haushaltssicherungsbericht 2024 und das Haushaltssicherungskonzept 2025 wurde ohne weitere Beratung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 **Bericht aus der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Haushaltskonsolidierung"**

Kreisrätin Flohr berichtete, dass in der heutigen Arbeitsgruppensitzung nochmals über die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes und die zukünftige Arbeitsweise gesprochen worden sei. Tenor sei, auch im Haushaltsjahr 2025 den eingeschlagenen Weg zu beschreiten. Alle Beteiligten hätten die Arbeit zwischen Politik und Verwaltung als sinnvoll und positiv empfunden.

TOP 14 **Mitteilungen der Verwaltung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.



TOP 15 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Spatenstich Zentralklinikum

Abgeordneter Looden teilte mit, dass sich der Termin anlässlich des Spatenstichs des Zentralklinikums mit der Sitzung der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA) überschneiden würde. Er habe nach einer möglichen Verschiebung der Gesellschafterversammlung gefragt, hierzu aber noch keine Antwort erhalten. **Landrat Meinen** gab an, dieses Anliegen zu klären.

Ferner erkundigte sich **Abgeordneter Looden** nach dem Rahmen der Veranstaltung. **Landrat Meinen** teilte mit, dass der Spatenstich im kleinen Rahmen erfolgen würde, nach aktuellem Planungsstand könne man von 150 Teilnehmenden ausgehen. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten werde um witterungsentsprechende Kleidung gebeten.

Abgeordnete Altmann kritisierte, dass nicht alle Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Aurich zum Spatenstich eingeladen worden seien. **Landrat Meinen** führte aus, dass lediglich die unmittelbar betroffenen Kommunen eingeladen worden seien. Eine nachträgliche Änderung der Gästeliste sei ausgeschlossen.

TOP 16 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 17 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16:48 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Weimer
Protokollführerin